

Die Verantwortung der Politik für den Dioxin-Skandal

Die zuständigen Minister in Bund und Ländern weisen jede Verantwortung weit von sich. Die Opposition greift das Versagen nicht auf. Ihre Führungskräfte wissen viel zu genau, dass sie in der Regierungsverantwortung genauso versagt hätten.

Von Andres Müller

Auch die Medien wagen es nicht, das Versagen der Politik anzuprangern. Müssten sie doch den Finger in eine offene Wunde des politischen Systems legen und die notwendigen Änderungen fordern. Das Politsystem ist krank, es sind nicht die fähigsten Köpfe, die in die Politik gehen und uns regieren. Die von den Parteien gestellten Minister sind beliebig austauschbar, weil sie für jeden zugewiesenen Fachbereich gleich unqualifiziert sind. Die Devise heißt: Wer in der Parteikarriere ganz oben angekommen ist, ist für jedes Regierungsamt geeignet! Der Dioxin-Skandal, der jetzt zum Jahresende 2010/2011 ans Tageslicht kam, deckt diese Risse des Systems schonungslos auf.

Die Fakten

Dioxin erzeugt Krebs. Bei den Industriefetten aus der Firma Harles & Jentsch in Uetersen (Schleswig Holstein) wurde bis zu 78-mal so viel Dioxin gemessen wie erlaubt ist. Das mit Dioxin vergiftete Industriefett wurde zur Tierfüttererzeugung verwendet und kam auf diesem Weg in die für den menschlichen Verzehr erzeugten Lebensmittel. Bereits im März 2010 hatten Kontrollen durch ein Privatlabor die überhöhten Dioxin-Werte bei der Firma in Schleswig-Holstein festgestellt. Die Geschäftsleitung hat dies den zuständigen Behörden aber verschwiegen und einfach weiter produziert. Sie lieferte die Industriefette an die Spedition Lübbe in Bösel (Niedersachsen), die diese kontaminierten Fette dem Tierfutter beimischte. Als Spedition unterlag die Firma keinerlei Futter- oder Lebensmittelkontrollen! Wie kann es sein, dass eine Spedition Futter- und damit Nahrungsmittel ohne eine Erlaubnis erzeugen kann?

In Kenntnis dieser Fakten sagte die schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerin Juliane Rumpf, dass sie das System der Eigenkontrolle der Futtermittelhersteller für vernünftig und tragfähig halte. Dieses System der eigenverantwortlichen Kontrolle hat Deutschland aufgrund einer EU-Verordnung aus dem Jahr 2006 eingeführt! Wie konnte das geschehen, nachdem man in Europa und Deutschland bereits die einschlägigen Erfahrungen mit dem Rinderwahn gemacht hatte? Wegen der vergifteten Futtermittel haben die Behörden bisher 4.700 landwirtschaftliche Produktionsstätten in Deutschland schließen müssen (Stand 08.01.2011). Der Bauernverband rechnet mit einem Schaden von 40 – 60 Mio. Euro pro Woche.¹

Natürlich bedarf es einer gehörigen Portion krimineller Energie, um sich durch solche, die Gesundheit und das Leben der Mitmenschen gefährdenden Aktionen zu bereichern. Wozu die Menschen in der stets gepriesenen westlichen Wertegemeinschaft fähig sind, wenn es darum geht, die Rendite zu steigern, hat die Internationale der anglo-amerikanischen Finanzindustrie vorexerziert, als sie mit dieser Handlungsmaxime die Finanz- und Weltwirtschaftskrise auslöste. Wie man daraus erkennt, ist die Grenze zwischen kriminellen Taten und erlaubtem ökonomischen Handeln nicht immer einfach. Hier ist die Politik gefordert, ganz konkret im Gewerberecht. Wenn ein Betrieb in Deutschland im 21. Jahrhundert völlig unkontrolliert kontaminierte Futtermittel erzeugen kann, dann hat die Politik versagt. Da beißt die Maus keinen Faden ab!

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.01.2011 Seite 1.

Die politische Dimension

Die politische Dimension des Dioxin-Skandals kann nicht bestritten werden. Doch genau das tut die Bundesverbraucherschutz-Ministerin Ilse Aigner (CSU). Sie äußerte zwar ihr Verständnis für die vom Dioxin-Skandal betroffenen Bauern, doch damit will sie nur die Sympathien der geschädigten Landwirte erheischen. Gleichzeitig will sie vom Versagen der Politik – den fehlenden und mangelhaften Kontrollen bei der Tierfutter- und Lebensmittelherstellung – ablenken. Die Verantwortung hierfür lehnt sie ausdrücklich ab. Von einem Ausgleich finanzieller Einbußen durch den Staat will sie nichts wissen². Nur die Verursacher sollen zur Rechenschaft gezogen und in Haftung genommen werden, „sie müssten jetzt für die entstandenen Schäden gerade stehen“³ sagt sie. Dieser Versuch der Schuldabwälzung ist eine kolossale Unverschämtheit, denn die Ministerin weiß nur allzu genau, dass diese Schäden (wöchentlich 40-60 Mio. Euro) von den wenigen Verursachern (bisher sind nur 2 Betriebe bekannt) nie und nimmer bezahlt werden können.

Doch mit diesem Ablenkungsmanöver ist es nicht genug. Die CSU-Ministerin will am Montag, den 10.01.2011 mehrere Verbände zu einem Gespräch in Berlin empfangen. Das ist eine weitere Methode zur Vernebelung, mit der die Politik üblicher Weise von der eigenen Mitverantwortung ablenkt. Gemeinsam mit den Verbandsfunktionären wird man Lösungen suchen, die Empörung bei den Betroffenen zu besänftigen. Im Ergebnis wird man sich wohl darauf einigen, dass die Gemeinschaft der Futterlieferanten sich an den Verlusten der landwirtschaftlichen Betriebe beteiligen, damit diese in ertragbaren Grenzen bleiben. Zusätzlich wird der Staat (die Politik) sich bereit erklären, den betroffenen Betrieben in besonderen Härtefällen finanziell „unter die Arme zu greifen“. Am Ende werden dann die Geschädigten noch dankbar sein, dass die Politik – der eigentliche Verursacher des Skandals – als Vermittler mit einem kleinen Almosen die ärgste Not lindert.

Und nach der allgemeinen Wut wird sich allmählich die übliche Zufriedenheit wieder breit machen. Schließlich haben sich die Politiker und die Verbandsfunktionäre doch nachweisbar bemüht, den Schaden zu begrenzen und zu helfen. Davon, dass das Dioxin die Gesundheit und das Leben Hunderttausender gefährdet, ist sowie so nicht die Rede und den Nachweis, dass eine Krebserkrankung auf die Verursachungskette: Dioxin im Tierfutter – Dioxin in Lebensmitteln zurückzuführen ist, kann kein Mensch erbringen.

Das wissen die kriminellen Verursacher, wie auch die verantwortlichen Politiker!

© www.hpatzak.de 10.01.2011

Epilog: Angedacht, aber nicht zu Ende gedacht:

Wie tief der Stachel unserer Analyse in den Kern des Politsystems eindringt, hat 4 Tage nach Veröffentlichung dieses Artikels der Kommentar von Paul Georg Hefty in der „Frankfurter Allgemeinen“⁴ bewiesen: Er erregt sich über die Kritik von Frau Künast an der jetzigen Amtsinhaberin Ilse Aigner. Frau Künast von den „Grünen“ hatte von 2001 bis 2005 knappe 5 Jahre dieses Amt inne. Er führt aus, dass Frau Künast ganze 1718 Tage lang die Möglichkeit hatte, um jene Kontrollen bei der Futtermittel- und Lebensmittelherzeugung einzuführen, die sie jetzt vermisst: *„Frau Künast hat ihre Chance für eine*

² Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 09.01.2011, Nr. 1 / Seite 1

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.01.2011 Seite 1.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2011 Seite 10.

vorbildliche grüne Politik nicht nachhaltig genutzt. Dass auch ihren Nachfolgern Seehofer und Ilse Aigner kein Mechanismus gelungen ist, der nicht einmal mit höchster krimineller Energie zu unterlaufen wäre, müsste Frau Künast am besten verstehen“.

Zweifellos hat Paul Georg Hefty recht, aber er hat seine Einsicht nicht zu Ende gedacht. Man kann Frau Aigner und auch Frau Künast durch jede andere Figur aus jeder anderen Partei ersetzen und es würde sich nichts ändern. Sie alle hatten in der Vergangenheit schon lange genug die Möglichkeit, die notwendigen Kontrollen einzuführen, doch sie haben es nicht getan!

Mit einem Austausch einzelner Minister allein ist Deutschland nicht gedient.

© www.hpatzak.de 14.01.2011